



Wiesbadener Aufruf:

Wohnen muss bezahlbar sein!

In Wiesbaden sind bezahlbare Wohnungen auch für Normalverdiener knapp. Familien mit Kindern, Alleinerziehende, ältere Menschen, Studierende und Auszubildende finden in unserer Stadt kaum noch bezahlbare Wohnungen. Zusätzlich steigen Nebenkosten – insbesondere Heizung und Strom, aber auch städtische Gebühren, Hausmeisterkosten, usw. . Dadurch droht die Gefahr, dass immer mehr Menschen wegen zu hoher Mieten aus der Stadt verdrängt werden. Die aktuelle Mietpreisentwicklung muss gestoppt werden!

Daher fordern wir:

Echte Mietpreisbremse

Bestehende Mieten müssen begrenzt werden, das gilt auch bei Neuvermietungen.

Mieten sollten nicht mehr als ein Drittel des Nettoehaltes betragen. Die öffentlich geführten Wohnungsunternehmen sollten mit gutem Beispiel vorangehen und Mieten nur um einen symbolischen Beitrag erhöhen.

Keine Mieterverdrängung

Modernisierungsmaßnahmen dürfen nicht zu Mieterverdrängungen führen.

Sanierungen dürfen nicht zu Mietpreiserhöhungen führen. Wohnungsbaugesellschaften müssen sicherstellen, dass Ersatzwohnungen für die Mieter zu gleichen Mietbedingungen und in der Nähe zur Verfügung gestellt werden, um das gewachsene soziale Netz zu erhalten.

Bezahlbare Mieten

Öffentlich geführte Wohnungsbauunternehmen haben soziale Verantwortung.

Wohnungsbauunternehmen in öffentlicher Hand müssen mehr Wohnungen mit bezahlbaren Mieten bauen.

Sozialer Wohnungsbau

Neubauten müssen einen höheren Anteil an sozialem Wohnraum haben.

Es darf keine Ausnahmen zu der Regel geben, dass auch private Neubauprojekte mindestens 40 Prozent sozialen Wohnraum haben. Ebenso sollte sich die Landeshauptstadt Wiesbaden an anderen Großstädten orientieren und die Quote ihrer Wohnungsbaugesellschaften auf 40 Prozent erhöhen.

Name	Anschrift	Unterschrift

Rücksendung bitte an: DGB Wiesbaden, Bahnhofstraße 61, 65185 Wiesbaden, Fax: 0611-400171, Wiesbaden@dgb.de

